

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**11.01.2023
HHA**Fraktion der SPD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Corona-Aufholprogramm für Frauen**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Bezeichnung Freiwillige Leistungen

Produktnummer 002 Bezeichnung Chancengleichheitsmaßnahmen

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	338.000	1.000.000	1.338.000

Liquidität			
Einnahmen			
Ausgaben			

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktserfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	338.000	1.000.000	1.338.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

UN-Women benennt die Covid 19 Pandemie als eine „Krise der Frauen“. Die Pflege von Familienmitgliedern, Home Schooling und Haushaltstätigkeiten lasten überwiegend auf den Schultern von Frauen. Viele Frauen sind durch die zusätzliche Aufgabenlast unbezahlter Arbeit nicht mehr in der Lage, in vollem Umfang ihrer bezahlten Arbeit nachzugehen. Das hat unmittelbar und langfristig ökonomische Konsequenzen. Es ist davon auszugehen, dass der so genannte „Gender Poverty FGap“ in Folge der Pandemie weiter ausweinergehen wird. Zudem war die Corona-Pandemie gefährlich für Frauen, so hat die häusliche und sexualisierte Gewalt zugenommen.

Wiesbaden, 10.01.2023

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:

Günter Rudolph